

Die Sicherheitspolitik von US-Präsident Biden

Autor(en): **Schilling, Walter**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **187 (2021)**

Heft 9

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-976272>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die Sicherheitspolitik von US-Präsident Biden



Bereits in seinen ersten Reden und Handlungen hat der seit dem 20. Januar 2021 amtierende US-Präsident Joe Biden die Prinzipien und Ansprüche erkennen lassen, die seine Sicherheitspolitik prägen werden. Dabei überrascht es nicht, dass Biden nach den vier Jahren der Trump-Administration zu den Leitlinien zurückzukehren sucht, die unter Präsident Barack Obama, dessen Stellvertreter er war, die Sicherheitspolitik der USA beherrschten. Er hat in diesem Zusammenhang schon früh klar gemacht, das Bündnis mit den Partnern in Europa erneuern und die Prinzipien des Multilateralismus beachten zu wollen.

Walter Schilling

Gleichwohl ist schon in den ersten Monaten von Joe Bidens Amtszeit deutlich geworden, dass sich die Korrelation der Kräfte im internationalen System weiter zu Ungunsten Amerikas verschoben hat. Zwar scheint der konziliantere Umgangsstil der neuen amerikanischen Administration mit den Verbündeten in Europa und das klare Bekenntnis des Präsidenten zur NATO zur Entspan-

nung beizutragen. Zudem werden die amerikanischen Truppen nicht aus Deutschland abgezogen. Gleichwohl bleibt das Interesse der USA bestehen, die Europäer zur Übernahme grösserer Verteidigungslasten zu verpflichten. Auch fordert die amerikanische Regierung insbesondere von Deutschland, die Kooperation mit dem machtpolitischen Gegner Russland im Bereich der

Energieversorgung (North-Stream 2) einzustellen. Doch gelang es nicht, die deutsche Bundesregierung umzustimmen und die Fertigstellung der russischen Erdgasleitung zu verhindern.

Ziele und Interessen

Im Übrigen setzt die Biden-Administration den schon seit der Präsidentschaft von Barack Obama erkennbaren Trend in der Sicherheitspolitik der USA fort, dem Weltmachtstreben Chinas entgegenzutreten und einen wesentlichen Teil der Streitkräfte – vor allem der Marine – in die asiatisch-pazifische Region zu verlegen. Entsprechend der in Washington vorherrschenden Perzeption, dass die Vorgehensweise der chinesischen Regierung die «grösste geopolitische Herausforderung des 21. Jahrhunderts» darstellt, suchen die USA insbesondere in der asiatisch-pazifischen Region nach Partnern, die ihnen zur Seite stehen, um eine wirksa-



▲ Die Fertigstellung von North Stream 2 konnte die USA nicht verhindern. Bild: Wikipedia

◀ Der Flugzeugträger CVN-71 Theodore Roosevelt unterwegs in den asiatisch-pazifischen Raum. Bild: Wikimedia Commons

me Politik der Eindämmung gegen China betreiben zu können. Hierzu konnte US-Präsident Biden bereits die Unterstützung seitens Indien, Japan und Australien finden. Von europäischer Seite hat Grossbritannien seine Absicht erklärt und auch mit der maritimen Aufrüstung in der asiatisch-pazifischen Region untermauert, an der Eindämmung Chinas mitzuwirken.

Mit Blick auf die Politik der USA gegenüber dem Nahen und Mittleren Osten sucht Präsident Biden zu den Prämissen zurückzukehren, die schon das Vorgehen von Obama kennzeichneten. Doch haben sich auch auf diesem Gebiet die Grundlagen des politischen Handelns verändert. Zum einen lässt sich die während der Trump-Regierung herausgebildete grosse Koalition der sunnitischen arabischen Staaten gegen den nach nuklearen Waffen strebenden Iran kaum rückgängig machen. Zum anderen ist mit der politischen Annäherung arabischer Golfstaaten an Israel und der am 22. No-

vember 2020 de facto geschlossenen strategischen Allianz gegen den Iran eine völlig neue Lage entstanden, die Biden berücksichtigen muss. Auch das von der Trump-Administration am 29. Februar 2020 in Doha (Qatar) mit den Taliban geschlossene Abkommen, das den Abzug der amerikanischen Truppen aus Afghanistan im Jahr 2021 vorsieht, gehört zu den Prämissen, die der US-Präsident nicht ignorieren konnte. Er passte sich der neuen Lage an und legte fest, den Truppenabzug bis zum 11. September dieses Jahres im Wissen durchzuführen, dass auch die Bündnispartner der USA ihr militärisches Engagement beenden werden.

Chancen und Risiken

In der Tat wird mit jedem Tag deutlicher sichtbar, wie gering der Spielraum ist, den die Biden-Administration für Ihre Sicherheitspolitik nutzen könnte. Abgesehen von der Bereitschaft der europäischen Verbün-

deten in der NATO, eine konziliantere Sprache zu pflegen, sollte Joe Biden nicht davon ausgehen, dass die Europäer unisono höhere Verteidigungslasten übernehmen werden. Lediglich Grossbritannien und Frankreich werden die amerikanische Sicherheitspolitik in nennenswertem Masse stützen können. Auch mit der Fertigstellung der Erdgasleitung North-Stream 2 und den strategischen Vorteilen, die das machtpolitisch aufstrebende Russland hierdurch erfährt, werden sich die USA abfinden müssen. Auf dem wichtigen Gebiet der Rüstungskontrolle gelang es zwar, den vor zehn Jahren geschlossenen «New Start»-Vertrag zur Begrenzung der nuklearen Waffen beider Länder gerade noch rechtzeitig zu verlängern. Doch wird man noch abwarten müssen, ob der im Zuge des Treffens von US-Präsident Biden mit Russlands Präsident Wladimir Putin am 16. Juni 2021 in Genf vereinbarte Dialog über weitere Schritte zur Rüstungskontrolle und Abrüstung positiv verläuft. Hier gilt es, möglichst bald Mechanismen zu erarbeiten, um die Gefährlichkeit der modernen nuklearen Waffen wirksam einzuhegen.

Auf die Bereitschaft Russlands zum Einsatz seiner beständig modernisierten Streitkräfte in weit entfernten Regionen und die Versuche Moskaus, die Bindung einzelner NATO-Staaten zum Bündnis zu lockern, hat Biden noch keine schlüssige Antwort gefunden. Der in Genf durchgeführte Gedankenaustausch mit Putin wird Joe Biden sicherlich den Eindruck vermittelt haben, dass er mit der Instrumentalisierung der Menschenrechte und den Versuchen, in Russland einen «Regime Change» zu erzielen, nicht weiterkommen wird. Das politische System Russlands ist gefestigt, und seine Führung handelt sehr professionell. Auch wird der historische Paradigmenwechsel der langfristig angelegten strategischen Kooperation Russlands mit China



60% der US Navy sollen in den asiatisch-pazifischen Raum verlegt werden. Bild: Pacific Command

nicht durch die neue Sicherheitspolitik des amerikanischen Präsidenten aufzubrechen sein. Im Übrigen dürfte der US-Präsident für einen härteren politischen Kurs gegenüber Russland – trotz Ankündigung auf dem G7-Gipfel in Cornwall (Grossbritannien) am 13. Juni und beim NATO-Gipfel am 14. Juni 2021 – keine geschlossene Unterstützung finden.

Weltmacht China

Erst recht gegenüber dem Weltmachtstreben Chinas hat die Biden-Administration wenig entgegengesetzt. Angesichts der inzwischen recht starken wirtschaftlichen Verflochtenheit der europäischen Länder mit China haben die in den gemeinsamen Kommuniqués der Gipfeltreffen vom Juni 2021 enthaltenen Absichtserklärungen zur Politik gegenüber China wenig Durchschlagskraft. Die höhere Präsenz amerikanischer Streitkräfte in der asiatisch-pazifi-

schen Region und die stärkere Förderung von Allianzen mit wichtigen Staaten in diesem Raum dürften nicht ausreichen, um China Paroli zu bieten. Die Veränderung der

«Jeden Tag wird sichtbar, wie gering der Spielraum ist, den die Biden-Administration für Ihre Sicherheitspolitik nutzen kann.»

Machtverhältnisse verläuft längst anders und dürfte in Zukunft noch deutlicher hervortreten. Nicht zuletzt zeigte die selbstbewusste und Realismus widerspiegelnde Aussage des chinesischen Staatschefs Xi Jinping, «der Osten steigt auf, der Westen

steigt ab», in welcher Situation sich die USA nunmehr befinden. Bereits das erste Treffen von US-Außenminister Antony Blinken mit seinem chinesischen Kollegen Wang Yi und anderen hochrangigen Vertretern der politischen Führung Chinas am 19. März 2021 in Anchorage (Alaska) weist darauf hin, dass die USA mit harter Konfrontation zu rechnen haben, solange sie daran festhalten, mit den üblichen Massnahmen des «Regime Change» die sicherheitspolitische Lage zu ihren Gunsten zu verändern. Durch die Verhängung von Sanktionen als Antwort auf die Politik der chinesischen Führung gegenüber den Uiguren im eigenen Lande, gegenüber Hongkong oder Taiwan, werden die USA wohl keine Erfolge erzielen. Vielmehr werden die Amerikaner künftig darauf achten müssen, dass die Rivalität mit China nicht in einen offenen Konflikt umschlägt. In diesem Zusammenhang sollte es den Repräsentanten der amerikanischen Regierung klar sein, dass wir es nunmehr mit ei-



Xi Jinping: Der Osten steigt auf, der Westen steigt ab.

Bild: Wikipedia

nem mächtigeren, wirtschaftspolitisch und technologisch leistungsfähigeren und noch weiter an politischer Handlungsfähigkeit zunehmenden Rivalen zu tun haben als vor drei Jahrzehnten mit der Sowjetunion. Es ist also notwendig, neuartige Mechanismen zu schaffen, um einen militärischen Konflikt mit China zu verhindern. Darüber hinaus wird sich die Biden-Administration der Frage zuwenden müssen, eine realitätsnahe Sicherheitsstrategie zur Einhegung des Nuklearstaates Nordkorea zu entwerfen.

Naher und Mittlerer Osten

Auch im Hinblick auf den Nahen und Mittleren Osten werden wir in absehbarer Zukunft kaum eine Verbesserung der sicherheitspolitischen Lage erwarten können. Die Chancen der Biden-Administration, durch eine Rückkehr zu dem höchst umstrittenen und auch vom neuen israelischen Regierungschef Naftali Bennett strikt abgelehnten Atomabkommen vom 14. Juli 2015 oder durch Verhandlungen mit dem Iran eine Entspannung der gefährlichen Situation zu erzielen, sind angesichts der inzwischen eingetretenen strategischen Veränderungen sehr gering. Die streng konservative Einstellung des am 18. Juni 2021 zum neuen iranischen Präsidenten gewählten Justizchefs Ebrahim Raisi auf der einen Seite und die solide strategische Allianz der sunnitischen arabischen Länder mit Israel auf der anderen Seite biete kaum eine Möglichkeit zu einem sinnvollen «Modus Vivendi» mit dem Mullah-Regime unter der Führung von Ayatollah Chamenei zu gelangen. Zudem ist längst erkennbar, dass die iranische Regierung sich konsequent nach China ausrichtet und jede Abhängigkeit von westlichen Ländern zu vermeiden sucht. Der Abschluss eines für 25 Jahre geltenden Kooperationsabkommens zwischen dem Iran und China, am 28. März 2021 in Teheran, unterstreicht

dies einmal mehr. Wenn die USA künftig im Nahen Osten überhaupt noch eine sicherheitspolitisch relevante Rolle spielen wollen, werden sie sich mit Israel und den sunnitischen arabischen Staaten, vor allem mit Saudi-Arabien und dessen mächtigsten Politiker, Kronprinz Muhammad Bin Salman, arrangieren müssen. Was es heisst, wenn man in dieser Frage die falsche Wahl trifft, hat die Nahost-Politik von US-Präsident Jimmy Carter Ende der 70er-Jahre gezeigt. Sie führte zur Islamischen Revolution von 1979 und kennzeichnet die geopolitische Entwicklung in der Nahost-Region bis heute. Die Biden-Administration konnte bislang nicht zeigen, dass sie daraus gelernt hat. Sie klammert sich an alte Ideologien, die keine Chancen haben, die Zukunft des Nahen und Mittleren Ostens zu prägen.

Darüber hinaus muss Joe Biden damit rechnen, dass die Taliban in Afghanistan noch während seiner Amtszeit die Macht übernehmen werden. Es dürfte für die Biden-Administration kaum möglich sein, auf ein derartiges Vorgehen der Taliban eine wirksame Antwort zu finden. Angesichts der nach den anstehenden Wahlen in wichtigen europäischen Ländern in naher Zukunft zu erwartenden Führungswechseln, kann der amerikanische Präsident nicht auf Beistand hoffen, wenn er versuchen sollte, die Taliban wieder militärisch zu bekämpfen. Und auch innerhalb der USA wäre ein derartiges Vorgehen mit Blick auf die Polarisierung der amerikanischen Gesellschaft unpopulär. Die politisch-psychologischen Folgen des Scheiterns der amerikanischen Sicherheitspolitik mit Blick auf Afghanistan und den Nahen Osten, sowie die Schwierigkeit des US-Präsidenten, die europäischen Bündnispartner in eine realitätsnahe gemeinsame Strategie gegenüber Russland und China einzubinden, werden uns daher in naher Zukunft noch sehr stark beschäftigen. ■



Oberst i Gst aD
Walter Schilling
Dr. phil.
Freier Publizist
D-82418 Murnau

Auto. Marderschaden. Service mit Biss.

«Ich parkiere mein Auto über Nacht im Freien. Wie erkenne ich, ob mein Auto einen Marderschaden hat?»

Steht Ihr Fahrzeug häufig draussen, sollten Sie besonders im Sommer hin und wieder einen Blick in den Motorraum werfen. Angebissene Kabel und Schläuche sowie austretendes Kühlwasser sind deutliche Anzeichen dafür, dass ein Marder am Werk war. Wenn Sie am Auto selber keine Spuren entdecken, jedoch der Motor nicht mehr rund läuft, abwürgt oder nicht mehr richtig anspringt, könnte das ebenfalls ein Marder gewesen sein, der das Zündkabel durchbissen hat. Suchen Sie bei solchen Anzeichen direkt eine Werkstatt auf, um sich teure Folgeschäden und -kosten zu ersparen.

«Pfotenspuren auf dem Auto sind oft von Mardern.»

Damit Marder erst gar nicht in den Motorraum gelangen, bringen Sie Ihr Auto wenn immer möglich in geschlossenen Garagen unter. Viele Fahrzeughersteller oder Werkstätten bieten zudem einen sogenannten Marderschutz an, der als Zusatzausstattung gekauft werden kann. Günstigere Varianten davon gibt es auch in Form von Drahtgittern, die montiert werden können. Richtet ein Marder Schaden an Ihrem Auto an, dann übernimmt die Teilkasko die Kosten für die Reparatur der Schäden und Folgeschäden. Melden Sie einen Marderschaden umgehend Ihrer Versicherung.



Mike Müller
Generalagent
Generalagentur Kloten



Weitere Informationen
helvetia.ch/marder